

<https://oikoumene.org/resources/documents/wcc-executive-committee-minute-on-gaza>

Protokoll des ÖRK-Exekutivausschusses zu Gaza

[Exekutivausschuss](#)

15. Mai 2025

[Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel](#)

Datei

[VERABSCHIEDET PIC 07 Protokoll zu Gaza_endgültig](#) (165 KB)

Der Frau, die mit Gott gesprochen hatte, gab sie einen Namen und sagte: „Du bist ein Gott, der mich sieht.“ Hagar gebar Abram einen Sohn, und Abram nannte den Sohn, den Hagar ihm geboren hatte, Ismael.

Genesis 16, 13 und 15

(Ismael bedeutet: „Gott hat gehört“.)

Der Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen, der vom 12. bis 16. Mai 2025 online tagte, verurteilt unmissverständlich die Gräueltaten, die vom Staat Israel in Gaza begangen werden, und erkennt an, dass die derzeitige Regierung eine extremistische Politik verfolgt, die von vielen Israelis nicht unterstützt wird. Seit Beginn der Zerstörung Gazas durch Israel im Oktober 2023 nach den Angriffen von Hamas-Kämpfern im Süden Israels hat das Ausmaß der Zerstörung von Leben und Gemeinden in dem Gebiet unbeschreibliche Ausmaße erreicht. Die gezielte Bekämpfung von Zivilisten, die weitreichende Zerstörung von Krankenhäusern und anderer lebenswichtiger Infrastruktur sowie die vollständige Blockade humanitärer Hilfe seit dem 2. März 2025 stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte dar und können niemals mit der Behauptung gerechtfertigt werden, militante Hamas-Kämpfer zu bekämpfen. Darüber hinaus sabotieren diese Maßnahmen alle Bemühungen um eine Lösung zur Beendigung der Besatzung und zur Rückkehr der israelischen Geiseln zu ihren Familien. Die genannten Handlungen stellen zweifellos Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Die Verantwortlichen und Täter solcher Verbrechen, seien es Israelis, Palästinenser oder die Hamas, müssen persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Ungeachtet des Ausmaßes der aktuellen humanitären Krise hat diese Katastrophe für die Bevölkerung Gazas tiefere Wurzeln als die brutale bewaffnete Gewalt der letzten anderthalb Jahre. Sie hat ihre Wurzeln in der strukturellen Gewalt jahrzehntelanger Besatzung, Enteignung und Straflosigkeit. Die nun offen bekundete Absicht, den Gazastreifen wieder zu besetzen und die palästinensische Bevölkerung, einschließlich der Flüchtlinge von 1948, dauerhaft zu vertreiben, kommt einer Politik der ethnischen

Säuberung gleich, die von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, die sich dem Völkerrecht und der Moral verpflichtet haben, entschieden verurteilt werden muss.

Der Exekutivausschuss verurteilt ferner die aktive oder passive Komplizenschaft anderer Staaten, deren Handeln oder Unterlassen diese anhaltende Brutalität ermöglicht hat.

Der Ökumenische Rat der Kirchen bekräftigt sein unerschütterliches Bekenntnis zu den Grundsätzen des Völkerrechts und der Gerechtigkeit ohne Diskriminierung in diesem und allen anderen Zusammenhängen. Wir fordern alle Regierungen auf, die vorläufigen Maßnahmen und Urteile des Internationalen Gerichtshofs zu respektieren und umzusetzen und die wichtige Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs bei der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für begangene Verbrechen zu unterstützen.

Die Kirchen der Welt können angesichts dieser entsetzlichen Unmenschlichkeit nicht schweigen. Wir fordern dringend:

- einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand;
- die Beendigung der Blockade des Gazastreifens und aller Formen der kollektiven Bestrafung der Bevölkerung dieses Gebiets;
- sofortigen und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu allen Menschen in Not im Gazastreifen; und
- koordinierte internationale Maßnahmen, um die Zerstörung zu stoppen, ausreichende humanitäre Hilfe entsprechend dem von den Vereinten Nationen und unabhängigen humanitären Organisationen ermittelten Bedarf zu leisten und die Verantwortlichen für Verbrechen nach internationalem Recht vor Gericht zu stellen.

Über Gaza hinaus sind wir besorgt, dass die Politik und das Vorgehen der israelischen Behörden eine zunehmend ernsthafte Bedrohung für die palästinensischen Gemeinden in Ostjerusalem und im Westjordanland darstellen, einschließlich der Kirchen und christlichen Gemeinden in der Region. Wir fordern gleiche Gerechtigkeit und Rechte für alle Menschen in Gaza, im Westjordanland, in Jerusalem und in der gesamten Region sowie ein Ende der Straflosigkeit, mit der seit so vielen Jahren die Rechte der Palästinenser verletzt werden.